

## **7 Tagesordnung, öffentlich Teil I**

**Bgm. Mag. Nagl:**

Damit ist die Fragestunde abgearbeitet. Ich darf Sie nun bitten, wie üblich die Gemeinderatstagesordnung zur Hand zu nehmen. Wir kommen nun zu den Stücken. Wie immer wurden im Vorfeld jene Stücke zusammengetragen, die schon als beschlossen gelten. Das ist das Stück Nr. 2, einstimmig, Stück N. 3 ebenso einstimmig, das Stück Nr. 4 ist ein Mehrheitsbeschluss, hier gibt es die Gegenstimmen der KPÖ, Stück Nr. 5 und Stück Nr. 6 sind einstimmige Stücke. Ebenso das Stück Nr. 7. Beim Stück Nr. 8 wird es einen Abänderungsantrag der Grünen Fraktion geben und ich wurde von Seiten der Sozialdemokratie gebeten, dass wir auch zu einer getrennten Abstimmung der Punkte kommen. Es gibt dann wieder das Stück Nr. 9, das ist ein einstimmiger Beschluss, ebenso die Stücke 10 und 11. Das Stück Nr. 12 betrifft die Projektgenehmigung und Budgetvorsorge für die ÖV-Planungen 2020. Da weiß ich jetzt nicht, ob es diskutiert werden soll oder ob es nur die Gegenstimme der Grünen Fraktion gibt.

*Zwischenrufe unverständlich.*

**Nagl:** Diskutieren, gut. Dann bleibt dieses Stück auf der Tagesordnung. Wir kommen dann noch zum Stück Nr. 13, das ist ein einstimmiger Beschluss, ebenso Stück Nr. 14.

En bloc:

**7.1 Stk. 2) A 8/4-68590/2019**

**Murpark Shopping-Center GmbH,  
Wertgleicher Grundtausch, Auflassung  
vom Öffentlichen Gut und Tausch von 6  
insgesamt ca. 28 m<sup>2</sup> großen Tfl. des Gdst.  
Nr. 421, EZ 1304, KG Liebenau gegen 5  
insgesamt ca. 49 m<sup>2</sup> große  
Grundstücksteilflächen des Gdst. Nr.  
294/3, EZ 1235, KG Liebenau für die  
Übernahme dieser Flächen in das  
Öffentliche Gut der Stadt Graz,  
Einräumung einer Dienstbarkeit des  
Gehens und Radfahrens sowie der  
Fußgängerzone auf zwei insgesamt ca.  
1.256 m<sup>2</sup> großen Tfl. des Gdst. Nr. 294/3,  
KG Liebenau zugunsten der Stadt Graz**

1. Die Veräußerung der sechs insgesamt ca. 28 m<sup>2</sup> großen Tfl. des Gdst. Nr. 421, EZ 1304, KG Liebenau aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz wird vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses gemäß beiliegendem Informationsplan genehmigt.
2. Der Erwerb von fünf insgesamt ca. 49 m<sup>2</sup> großen Tfl. des Gdst. Nr. 294/3, EZ 1235, KG Liebenau in das Eigentum der Stadt Graz wird gemäß beiliegendem Informationsplan genehmigt.
3. Der Grundtausch erfolgt wertgleich und somit unentgeltlich.
4. Der Erwerb der unentgeltlichen Dienstbarkeit des Gehens und Radfahrens sowie der Fußgängerzone zugunsten der Öffentlichkeit für die Dauer des Bestandes und Nutzung des Geh- und Fahrradweges wird gemäß beiliegendem Informationsplan genehmigt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.2 Stk. 3) A 8/4 – 15389/2012**

**Hüttenbrennergasse 31; Städtische Liegenschaft Schönaugasse, Sportunion Steiermark, Verkauf einer 228 m<sup>2</sup> großen Tfl. des Gdst. Nr. 2038/46, EZ 2560 KG Jakomini**

Der Verkauf der 228 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst. Nr. 2038/46, EZ 2560, KG Jakomini wird genehmigt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.3 Stk. 4) A 8- 21515/2006/264**

**GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, Richtlinien für die ordentliche Generalversammlung gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Umlaufbeschluss**

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege gem. § 34 GmbHG.
2. Zustimmende Beschlussfassung über die Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses 2019 und über die Kenntnisnahme des Lageberichtes und des Corporate Governance Berichtes für das Geschäftsjahr 2019
3. Zustimmende Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzergebnisses 2019
4. Zustimmende Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019
5. Zustimmende Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2019

6. Zustimmung zur Bestellung der K&E Wirtschaftstreuhand GmbH zur  
Wirtschaftsprüferin für das Geschäftsjahr 2020

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.***

**7.4 Stk. 5) A 8- 8679/2010-67**

**ITG Informationstechnik Graz GmbH;  
Ermächtigung für den Vertreter der Stadt  
Graz gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der  
Landeshauptstadt Graz 1967;  
Umlaufbeschluss**

Der Vertreter der Stadt Graz in der ITG Informationstechnik Graz GmbH, StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, im Umlaufwege den Anträgen gemäß beiliegendem Umlaufbeschluss zuzustimmen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.5 Stk. 6) A 8 – 4882/23008-28**

**Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice  
GmbH; Ermächtigung des Vertreters der  
Stadt Graz gem. § 87 Abs. 4 des Statutes  
der Landeshauptstadt Graz 1967;  
Umlaufbeschluss**

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice GmbH, StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Weg gem. § 34 GmbHG

2. Genehmigung und Feststellung der Jahresabschlüsse zum 31.12.2018 und zum 31.12.2019 mit einem Bilanzgewinn/Bilanzverlust von EUR 0,00 der Grazer Parkraum-und Sicherheitsservice GmbH
3. Entlastung von Herrn Alexander Lozinsek als Geschäftsführer der Grazer Parkraum-und Sicherheitsservice GmbH für die Geschäftsjahre 2018 und 2019

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.6 Stk. 7) A 8 – 20081/2006/235**

**Holding Graz – Kommunale  
 Dienstleistungen GmbH;**

- 1. Informationsbericht Ausbau  
 Steyregasse – Integration in Masterplan  
 „Maintenance Graz Linien“,**
- 2. Stimmrechtsermächtigung gemäß § 87  
 Abs 4 des Statuts der Landeshauptstadt  
 Graz 1967 (Umlaufbeschluss)**

1. Der Informationsbericht Ausbau Steyregasse - Integration in Masterplan „Maintenance Graz Linien“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- II. Der Vertreter der Stadt Graz in der Holding Graz -Kommunale Dienstleistungen GmbH, FN 54309t, StR Dr. Günter Riegler, wird gemäß § 87 Abs 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl Nr 130/1967 idF LGBl Nr 97 /2019 ermächtigt, folgenden Punkten im Umlaufweg zuzustimmen:
  1. Die diesen Beschluss unterfertigenden Gesellschafter erklären sich mit der Form der schriftlichen Abstimmung im Umlaufweg einverstanden.
  2. Genehmigung der inhaltlichen Adaptierung und Erweiterung des Projektes „Graz baut aus“ gemäß den vorstehenden Ausführungen. Innerhalb des Nachfolgeprojektes „Maintenance Graz Linien“ (MGL) wird ein Entwicklungsplan zur Erlangung baulicher Lösungen für Abstellung, Wartung, Instandhaltung und Reparatur der Straßenbahnflotte der Graz Linien erarbeitet. Der Entwicklungsplan

wird im Rahmen der Projektorganisation von der Holding Graz mit den zuständigen städtischen Fachabteilungen ausgearbeitet.

3. Als erste Teilprojektgenehmigung des Masterplans „Maintenance Graz Linien“ wird die Planung für die Straßenbahn-Abstellhalle samt Tiefgarage auf dem Areal Steyrergasse Süd in Abstimmung mit BALSА vorbereitet und dem Gemeinderat/der Generalversammlung spätestens bis zur Sitzung im September 2020 zur gesonderten Beschlussfassung vorgeschlagen.
4. Das am 7.7.2016 unter GZ.: A8 -20081/06-169 vom Gemeinderat beschlossene Organigramm des Projektes wird entsprechend der neuen Projektorganisation geändert.
5. Der Vertrag zwischen der BALSА und der Holding Graz wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.7 Stk. 9) A 8/4 – 60692/2014**

**Wassergasse – Schwimmschulkai, wertgleicher Grundtausch, Auflassung vom Öffentlichen Gut und Tausch einer ca. 1 m<sup>2</sup> großen Tfl. des Gdst. Nr. 2950, EZ 50000, KG Geidorf gegen das 7 m<sup>2</sup> große Gdst. Nr. 444/2, KG Geidorf für die Übernahme dieser Fläche in das Öffentliche Gut der Stadt Graz**

1. Die Veräußerung einer ca. 1 m<sup>2</sup> großen Tfl. des Gdst. Nr. 2950, EZ 50000, KG Geidorf aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz wird vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses genehmigt.
2. Der Erwerb des Gdst. Nr. 444/2, KG Geidorf im Ausmaß von 7 m<sup>2</sup> in das Eigentum der Stadt Graz wird genehmigt.

3. Der Grundtausch erfolgt wertgleich und somit unentgeltlich.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.8 Stk. 10) A 8/4 -116028/2019      Budgetvorsorge über € 480.000 im  
A 8 – 173/2020-25                      Budget 2020, Erwerb der Liegenschaft Gdst.  
Nr. 370/1, EZ 3351, KG Webling, gelegen am  
Zahläckerweg, durch die Stadt Graz**

1. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2020 werden wie folgt geändert:

Finanz- stelle	Fonds	Finanz- position	Haushalts- programm	Beschreibung des HHP	Deckungs- ring	FVA 2020	EVA 2020
210	840000	1.001000	12103140	Zahläckerweg	D.210314	+500.000	
180	840000	2.346000				+500.000	

Die Bedeckung von € 500.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Sonstiges. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

2. Erwerb der Liegenschaft Gdst. Nr. 370/1, EZ 3351:

Die Stadt Graz erwirbt die Liegenschaft Gdst. Nr. 370/1, EZ 3351, KG Webling, gelegen am Zahläckerweg. Der Kaufpreis inkl. Nebenkosten beträgt € 620.000,--. Die Bedeckung des Kaufpreises erfolgt mit € 120.000 aus dem Globalbudget D.210001 der Abteilung für Immobilien von der Finanzposition 1.001000, Fonds 840000.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.9 Stk. 11) A 8 – 49946/2008-94**

**Green Tech Cluster Styria GmbH,  
Richtlinien für die Generalversammlung  
gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der  
Landeshauptstadt Graz 1967;  
Stimmrechtsermächtigung**

Der Vertreter der Stadt Graz, Stadtrat Dr. Günter Riegler, in der Generalversammlung der Green Tech Cluster Styria GmbH bzw. im Fall seiner Verhinderung dem an diesem Tag vertretungsbefugten Mitglied des Stadtsenates wird die Ermächtigung zur Stimmabgabe in der Generalversammlung (Online-Meeting via Microsoft Teams) am 26. Mai Uhr 2020 zu folgenden Tagesordnungspunkten erteilt:

1. Zu TOP 2 - Genehmigung der Tagesordnung
2. Zu TOP 3 - Genehmigung des Protokolls der letzten Generalversammlung vom 05.11.2019
3. Zu TOP 4 und 5 - Bericht Jahresabschluss 2019 und Feststellung und Beschluss zum Jahresabschluss 2019
4. Zu TOP 6- Zustimmung zur Ergebnisverwendung 2019  
Der Bilanzgewinn in Höhe von€ 181.230,93 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
5. Zu TOP 7 - Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung 2019
6. Zu TOP 8 - Zustimmung und Beschluss der Strategie 2020 - 2025
7. Zu TOP 9 - Zustimmung zur Bestellung von DI (FH) Martina Schöneich zur selbstständig vertretungsbefugten Prokuristin
8. Zu TOP 10 - Bestellung freiwillige Wirtschaftsprüfung für Jahresabschluss 2020  
Zustimmung zur Beauftragung der LBG oder alternativ der ARTG für die Prüfung des Jahresabschlusses 2020 im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht
9. Zu TOP 12 - -Zustimmung und Beschluss der COVID-19-bedingten Änderung des Jahresplans 2020 (vgl. Beilage)

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

- 7.10 Stk. 13) A 8-18780/2006-153      Stadtmuseum Graz GmbH,  
A 16- 14668/2013/539                      Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz  
gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der  
Landeshauptstadt Graz 1967;  
Stimmrechtsermächtigung; Umlaufbeschluss,  
Schloßberg Museum, Anpassung  
Mittelfristplanung 2020 – 2021**

Der Vertreter der Stadt Graz in der Stadtmuseum Graz GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, im Umlaufwege insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Abstimmung auf schriftlichem Wege
2. Genehmigung der Anpassung der Mittelfristplanung-Kennzahlen 2020 -2021 aufgrund des GR-Beschlusses vom 20.09.2018 laut Beilage II

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

- 7.11 Stk. 14) A 8- 20081/2006/240                      Holding Graz – Kommunale  
Dienstleistungen GmbH; Richtlinien für die  
Generalversammlung gem. § 87 Abs. 2 des  
Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967;  
Umlaufbeschluss**

Der Vertreter der Stadt Graz in der Holding Graz -Kommunale Dienstleistungen GmbH, FN 54309 t, StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, folgenden Punkten im Umlaufweg zuzustimmen:

1. Die diesen Beschluss unterfertigenden Gesellschafter erklären sich mit der Form der schriftlichen Abstimmung im Umlaufwege einverstanden.
2. Der Darlehensaufnahme der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH von der Stadt Graz als Darlehensgeberin zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur wird zugestimmt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Bgm. Nagl:**

Ich darf gleich zur Berichterstattung des ersten Stückes kommen, der Herr Gemeinderat Mogel wird uns das Stück betreffend Reisekostenverordnung 2017 berichten, da gibt es Änderungen. Den Vorsitz darf ich an den Herrn Vizebürgermeister übergeben.

***Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.46 Uhr).***

**Berichterstatter: GR. Mogel**

**7.12 Stk. 1) A 1-49843/2017-2      Reisekostenverordnung 2017**

**Mogel:**

Hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, ich darf hier im Namen des Personalausschusses folgenden Antrag vorbringen: Und zwar soll die Reisekostenverordnung dahingehend abgeändert werden. Zurzeit steht folgender Satz in dieser Verordnung. Es geht hierbei um die Wirtschaftlichkeit der Reisekosten. Demnach sind Dienstreisen so zu organisieren, dass die wirtschaftliche Variante im Hinblick auf Kosten und Zeitaufwand gewählt wird. Hier soll folgende Abänderung eingebracht werden: Ausnahmen sind bei der Wahl des Verkehrsmittels aus Gründen des Klimaschutzes zulässig. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 31j Abs 2 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl 30/1957, in der Fassung LGBl 53/2017, wird § 2 Z 1 der Verordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 21.9.2017, mit

der der Ersatz von Reiskosten festgelegt wird (Reisekostenverordnung 2017), folgender Satz angefügt:

„Ausnahmen sind bei der Wahl des Verkehrsmittels aus Gründen des Klimaschutzes zulässig.“

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: GR Schunko**

**7.13 Stk. 8) A 8 – 19542/2006-166**

**steirischer herbst festival gmbh, Richtlinien für die Generalversammlung gemäß § 87 Abs 4 des Statuts der Landeshauptstadt Graz 1967; Umlaufbeschluss**

**Schunko:**

Sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrter Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen.

Es geht um die Richtlinien für die Generalversammlung der steirischer herbst festival gmbH. Allgemeine Informationen zur steirischer herbst festival gmbH sind ja hinlänglich bekannt, die werde ich hier jetzt nicht vorlesen. Folgende Tagesordnung sollte behandelt werden:

Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung, Beschlussfähigkeit über die Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019, inklusive Verwendung des Bilanzergebnisses, Beschlussfassung zur Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2019 und Allfälliges. Die zustimmende Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2019 der steirischer herbst festival gmbH, durch den Aufsichtsrat wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates vom 24.2.2020 bereits erteilt. Aufgrund der zwischenzeitig eingetretenen Corona-Krise ist eine Generalversammlung derzeit ja nicht möglich,

daher soll die Beschlussfassung auch der Vorstände bereits im Gemeinderat am 13. 2. 2020 genehmigten Punkte durch einen Umlaufbeschluss erfolgen.

Ich komme hier gleich zum Antragstext, damit wir nicht zu lange brauchen für das Stück, es wird ja noch darüber diskutiert werden.

Gemäß des Statutes der Landeshauptstadt Graz ist dem Vertreter der Stadt Graz in der Gesellschaft, Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler, die Ermächtigung zur Unterfertigung des Umlaufbeschlusses zu erteilen.

Der Ausschuss für Finanzen stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der steirischer herbst festival gmbh, Herr Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufweg gem. § 34 GmbHG
2. Zustimmung zur Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019
3. Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2019
4. Wahl in den Aufsichtsrat für die neue Funktionsperiode (2021- 2024)  
Für die Stadt Graz haben wir hier den Herrn Ernst Brandl und den Herrn Dr. Günther Witamwas.

Für das Land Steiermark:

Dr.<sup>in</sup> Monika Isola

Prof. Peter Pakesch

Dr.<sup>in</sup> Edith Risse

OLG-Präsident a.D. Dr. Heinz Wietrzyk

Ich bitte hier um Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

## Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 14. Mai 2020

Der Vertreter der Stadt Graz in der steirischer herbst festival gmbh, Herr Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

(Anzumerken ist, dass für die Punkte 2 und 3 bereits eine Stimmrechtsermächtigung mit Gemeinderatsbeschluss vom 24.2.2020 für eine Generalversammlung, die wegen der Covid19-Pandemie nicht stattfinden konnte, erteilt wurde, diese werden im Wege eines Umlaufbeschlusses miterledigt.)

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufweg gem. § 34 GmbHG
2. Zustimmung zur Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019
3. Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2019
4. Wahl in den Aufsichtsrat für die neue Funktionsperiode (2021- 2024)

Für die Stadt Graz:

Herr Ernst Brandl

Dr. Günther Witamwas

Für das Land Steiermark:

Dr.<sup>in</sup> Monika Isola

Prof. Peter Pakesch

Dr.<sup>in</sup> Edith Risse

OLG-Präsident a.D. Dr. Heinz Wietrzyk

GR. Mag. **Kuhn**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Den Punkten 1 bis 3 stimmen wir natürlich zu. Wir wollen den Punkt 4 thematisieren und zwar bei Neubestellungen, Umbesetzungen, Nachbesetzungen müsste es eigentlich die Regel schon sein, dass wir paritätisch besetzen. Männer und Frauen paritätisch besetzen. Die Diskussionen, Sie wissen es ja, ihr wisst es ja, das ist lange geführt worden und es wäre

jetzt an der Zeit, das wirklich einfach umzusetzen, ohne ständig neue Forderungen zu erheben, dass das selbstverständlich geworden ist oder selbstverständlich wird. Graz war schon Vorreiterin auch in dieser paritätischen Besetzung und jetzt ist es halt wieder verstärkt so, dass anscheinend ausschließlich Männer in die Aufsichtsräte entsandt oder entsendet werden und das halten wir natürlich für bedenklich. Wie die SPÖ schon auch angesprochen hat, wollen wir eine getrennte Abstimmung für Punkt 4 und der Abänderungsantrag von unserer Seite wäre wie folgt:

Für den Aufsichtsrat der „steirischer herbst festival gmbh“ werden entsprechend dem Grundsatz der Geschlechterparität ein Mann und eine Frau nominiert. Dem Gemeinderat wird bis zu seiner nächsten Sitzung ein entsprechender Nominierungsvorschlag vorgelegt.

Danke.

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Nach-, Neu- oder Umbesetzungen müssten längstens regelmäßig und ohne zusätzlich ausdrücklicher Forderungen paritätisch nach dem Geschlecht besetzt werden. In den letzten Jahrzehnten wurde über Parität ausreichend diskutiert. Die Zeit der verbalen Willenskundgebungen sollte vorbei sein, reale Umsetzung ist gefragt. Graz war einst Vorreiterin in Sachen Gleichstellungspolitik bei der Besetzung von Aufsichtsräten in städtischen Betrieben und Beteiligungen. Nachdem die Verpflichtung zur Geschlechterparität bei der Besetzung von Aufsichtsräten aufgehoben wurde, mehren sich die Fälle, in denen die Stadt Graz ausschließlich Männer in Aufsichtsräte entsendet.*

*Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden*

**Abänderungsantrag:**

*Für den Aufsichtsrat der „steirischer herbst festival gmbh“ werden entsprechend dem Grundsatz der Geschlechterparität ein Mann und eine Frau nominiert. Dem Gemeinderat wird bis zu seiner nächsten Sitzung ein entsprechender Nominierungsvorschlag vorgelegt.*

StR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Ich würde das nur gerne unterstreichen und noch einmal verdeutlichen, weil es tatsächlich sehr peinlich ist, dass wir seit 2010 noch immer darüber diskutieren müssen, ob Männer und Frauen in Gremien, die von der Stadt beschickt werden, gleich vertreten sind. Es ist wieder einmal so und es ist offensichtlich keine Selbstverständlichkeit, dass Frauen mitgedacht werden. Sie wollen auch nicht nur mitgemeint werden, sondern Frauen müssen genauso vertreten sein wie Männer. Insofern ist es wirklich schade, dass es die Veränderung gegeben hat. Gerald Kuhn hat es schon erwähnt. Früher waren 40 % zumindest verpflichtend, jetzt gibt es eine Soll-Regelung, seitdem es die Koalition gibt, nämlich 50 % sind anzustreben und wir sehen, dass es in der Realität nie angestrebt wird, sondern permanent daran scheitert, dass es offensichtlich immer irgendwelche Ausreden gibt, dass doch nur Männer zum Zug kommen und Frauen außen vor bleiben. Ich bitte daher, das wirklich zu überdenken und im Sinne der Gleichstellung endlich hier konsequent vorzugehen.

StR. Dr. **Riegler:**

Danke Judith, danke Frau Stadträtin Schwentner für die historische Aufarbeitung. Es ist tatsächlich so, dass wir ja in der Rechtslage oder in der Gemeinderatsbeschlusslage vor 2017 eigentlich eine Diskriminierung hatten. 40 % ist nicht Geschlechterparität, daher habe ich auch als überzeugter Anhänger von Geschlechterparität dem zugestimmt, dass wir diese 40 % Regelung, die es gegeben hat, ersetzt haben zugunsten einer echten Geschlechterparität, nämlich dass die Stadt Graz sagt, wir bekennen uns zu dem Bemühen eben möglichst in allen Gremien Parität zu haben. Ich bekenne mich

dazu und ich glaube auch sagen zu können, dass eben die Stadtregierung sich ebenfalls dazu bekennt. Hier im konkreten Fall ist diese Parität nicht gegeben, das muss ich zugestehen, das ist so. Es handelt sich hier bei den Persönlichkeiten, die wir wieder in den Aufsichtsrat entsenden möchten, um zwei bewährte Persönlichkeiten aus Graz. Ich hatte keinen Grund, diese beiden Persönlichkeiten jetzt nicht mehr für diesen Aufsichtsrat vorzusehen. Ich darf auch berichten, dass die Zusammenarbeit, als Beteiligungsreferent berichten, dass die Zusammenarbeit zwischen den Organen der Gesellschaft der steirischer herbst festival gmbh, Geschäftsführung und Aufsichtsrat, ganz hervorragend funktioniert und dass auch die Intendantin und Geschäftsführerin der Gesellschaft ebenfalls erfreulicherweise eine Frau ist. Daher muss ich darum bitten, dass wir bei dem Vorschlag bleiben, dass die Stadt Graz eben die beiden genannten Persönlichkeiten für den Aufsichtsrat vorschlägt und muss daher bitten, auch wenn ich mich zur Geschlechterparität uneingeschränkt bekenne, dass wir eben dem Abänderungsantrag die Gefolgschaft leider verweigern.

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen auch im Live-Stream. Ich kann das nicht so stehen lassen, wie das hier dargestellt wird. Dass unser Kulturstadtrat sich hierher stellt und zur Parität, also halbehalbe für Männer und Frauen in den Aufsichtsräten, bekennt, weil man braucht nur einen kurzen Blick auf sein Instagram-Profil werfen. Da hat er zwei Postings im Kulturbereich zu Video-Konferenzen und beide Video-Konferenzen haben ausschließlich mit Männern stattgefunden. Wenn man dann hört, dass man sich voll und ganz für die Parität von Geschlechtern und auch für halbehalbe im Aufsichtsrat bekennt, dann kann ich leider nur lachen, weil die Kultur wird auch in Graz sehr viel und in sehr großem Ausmaß von Frauen getragen und die werden hier einfach nicht wiedergespiegelt. Das vor allem nicht von unserem Kulturstadtrat und man kann sich das ja selber am Instagram-Profil anschauen.

*Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Hättet ihr euch nicht absprechen können, oder ist das wegen der Parität?*

GR. Mag. **Haßler:**

Ich glaube, gerade in Frauenangelegenheiten tut es auch gut, wenn Männer sich dafür einsetzen und zwar nicht nur grundsätzlich dafür einsetzen, sondern wirklich dafür einsetzen. Weil dass diese Koalition sich grundsätzlich für vieles einsetzt und prinzipiell noch mehr bricht, ich glaube, das ist etwas, was eh allen bekannt ist, nicht nur für die Geschlechterfrage, gilt ja auch für die Postenbesetzungen, wie wir heute wieder in den Zeitungen lesen konnten, wo es auch grundsätzliche Vereinbarungen gibt und prinzipiell werden diese Vereinbarungen gebrochen. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, als dieser Aufsichtsrat das erste Mal besetzt wurde, hat man argumentiert, die Stadt kann ja zwei Männer entsenden, weil das Land von vier Aufsichtsräten drei Aufsichtsrätinnen hatte und einen Aufsichtsrat. Da war die Parität im Aufsichtsrat gegeben. Inzwischen hat das Land eine Halbe-halbe-Besetzung vorgenommen, das heißt, eine Aufsichtsrätin ist ausgeschieden und dafür ist ein Mann nachgerückt und jetzt ist die Stadt tatsächlich gefordert. Wenn wir es ernst nehmen, Herr Kulturstadtrat, dann dürfen wir nicht immer nur sagen, dass wir grundsätzlich für etwas sind, dann müssen wir diesen Grundsätzen auch Taten folgen lassen.

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Mohsenzada:**

Wir werden dem Punkt 4 nicht zustimmen, weil wir immer schon der Meinung waren, dass alle Fraktionen im Aufsichtsrat vertreten sind und nicht nur Mitglieder der FPÖ und der ÖVP, und der Abänderungsantrag von Gerald Kuhn ist ganz in unserem Sinne und daher werden wir dem zustimmen.

**GR. Kuhn:**

Herr Stadtrat Riegler, genau das habe ich ja verhindern wollen und genau das ist es ja. Diese ewige Debatte und dieses Bekenntnis zum Soll, das sind Fakten und man könnte jetzt wirklich einfach das umsetzen. Es gibt genug Frauen, es macht Sinn, eine Parität vorzuschreiben, weil nicht diese Bekenntnisse, die sind so mühevoll. Es bekennen sich alle prinzipiell, theoretischenfalls, nein, jetzt umsetzen, danke.

**StR<sup>in</sup> Schwentner:**

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich dem Kollegen Riegler etwas widersprechen möchte. Es häufen sich nämlich leider die Ereignisse, wo Frauen überhaupt nicht vorkommen und vermeintlich mitgedacht sind. Ich erinnere nur an die ganz großartige Eröffnung des Kulturjahres, wo den ganzen Abend am Podium keine einzige Frau reden durfte bei der Abendveranstaltung. Es ist auch ein Muster zu erklären, dass es genügend kompetente Männer gibt; natürlich gibt es die, aber es gibt eben auch mindestens gleich viele kompetente Frauen und die wollen eben nicht mitgedacht werden oder nicht mitgemeint werden, sondern sollen ganz gleich paritätisch besetzt sein in den Gremien. Das ist kein Bekenntnis zur Parität, das Sie formuliert haben, das ist maximal ein Lippenbekenntnis und ich finde es wirklich ein Trauerspiel, dass wir zwei das 2020 noch immer diskutieren.

**GR<sup>in</sup> Gmeinbauer:**

Dankeschön, lieber Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nur nicht stehen lassen, im Raum, liebe Kollegin Anna Robosch, dass du unseren Stadtrat da jetzt vorverurteilst, dass er in einer Männerrunde eingeladen war, via Videokonferenz teilzunehmen. Man muss sich immer vorher erkundigen, wer diese Videokonferenz einberufen hat und kann dann nicht, wenn man sieht, hoppla, es sind nur Männerköpfe da, Entschuldigung, da fehlt eine Frau, wer hat das gemacht, weil da

mach ich dann nicht mit. Ich würde nur bitten, die Kirche im Dorf zu lassen und nicht so einen Schnellschluss hinauszuposaunen.

**StR. Riegler:**

Ich wollte mich jetzt eigentlich nicht noch einmal zu Wort melden. Möchte der Frau Klubobfrau Gmeinbauer danken, aber ich muss jetzt doch noch etwas dazu sagen. Weil immer wieder die Kulturjahreeröffnung herangezogen wird, von dir, liebe Frau Stadträtin Schwentner, da darf ich berichten, dass ich als Key-note-Speaker eigentlich eine deutsche Wissenschaftsvermittlerin gerne gehabt hätte, die eben dann leider absagen hat müssen, weil sie eben aus anderen Umständen heraus nicht konnte und der Zweitbeste war dann halt ein Mann. Das war dann der Herr Ranga Yogeshwar, den wir dann mit einem sehr inspirierenden Vortrag hatten. Im Übrigen habe ich sofort, es hatte wenige Tage davor die Angelobung der Bundesregierung stattgefunden, die Frau Staatssekretärin Lunacek eingeladen, gemeinsam mit uns daran teilzuhaben oder uns zumindest eine Video-Botschaft zu schicken. Frau Staatssekretärin Lunacek hat sich bis zum heutigen Tag nicht zurückgeäußert auf die briefliche Einladung zur Kulturjahreeröffnung und ich bin jetzt auch noch immer der Hoffnung, dass wir irgendwann dann einmal als zweitgrößte Stadt Österreichs einen Termin bei der Frau Staatssekretärin bekommen, aber es ist nicht so, dass wir sie nicht eingeladen hätten. Ich hätte sie gerne bei der Eröffnung auf der Bühne gehabt.

**GR. Dreisiebner:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Live-Stream, lieber Stadtrat Günter Riegler. Ich würde dich wirklich herzlich ersuchen, mit deinem Büro einmal zu reden. Wir haben nachgefragt, ich werde dir den E-Mail-Verkehr geben, wir haben nachgefragt ob deines Vorwurfes, dass Ulrike Lunacek keine Termine in Graz anbietet. Es war ein Termin in der Pipeline, dieser musste aufgrund der Corona-Situation abgesagt werden und ich bitte, das einfach einmal so in dieser Form nicht nur

auf Twitter richtigzustellen, sondern auch hier das nicht wiederholt zu behaupten. Das ist einfach nicht wahr. Was die Eröffnung des Kulturjahres 2020 betrifft, bitte ich einfach, die Zeitabläufe ein wenig zu berücksichtigen. Am 7. Jänner ist die Regierung angelobt worden und du weißt besser als ich, wann die Eröffnung des Kulturjahres war. Ok, das wollte ich dazu nur sagen. Es ist sehr hitzig. Ich nehme dich beim Wort, dass du Frauen gleich einladest und behandelst wie Männer und das ist auch gut so, aber dann lass auch diese Sache mit Ulrike Lunacek endlich ruhen. Danke.

**Eustacchio:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, Antragsteller, möchtest du ein Schlusswort? Das ist auch nicht der Fall. Dann nehme ich die Abstimmung folgendermaßen vor, dass wir die Punkte einzeln abstimmen, das war der Wunsch. Dann stimmen wir ab:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufweg gem. § 34 GmbHG

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

2. Zustimmung zur Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

3. Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2019

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ) abgelehnt.***

4. Wahl in den Aufsichtsrat für die neue Funktionsperiode (2021- 2024)

Für die Stadt Graz:

Herr Ernst Brandl

Dr. Günther Witamwas

Für das Land Steiermark:

Dr.<sup>in</sup> Monika Isola

Prof. Peter Pakesch

Dr.<sup>in</sup> Edith Risse

OLG-Präsident a.D. Dr. Heinz Wietrzyk

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ und SPÖ) abgelehnt.***

***Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (14.08 Uhr).***

**Berichterstatter: GR Pogner**

**7.14 Stk. 12) A 8- 175/2020-15      ÖV-Planungen 2020,  
1. Projektgenehmigung in Höhe von € 205.000  
für die Jahre 2020-2021,  
2. Budgetvorsorge über € 120.000,- in Jahr 2020**

**Pogner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier geht es um ein Stück, das im Ausschuss einstimmig im Umlaufwege angenommen wurde. Es ist dies die ÖV-Planung 2020 mit der Projektgenehmigung in der Höhe von 205.000 Euro für die Jahre 2020 und 2021 und der Budgetvorsorge für 2020 in der Höhe von 120.000 Euro.

## Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 14. Mai 2020

Wir haben im Vorfeld jetzt gehört, dass ein Diskussionsbedarf ist. Ich werde Ihnen den Motivenbericht nicht vorlesen, sondern wir werden ja dann hören, was die Kolleginnen und Kollegen der Grünen Fraktion da gerne noch diskutiert hätten. Bringe das Stück so wie es kurz angerissen war, zur Abstimmung und bitte um Zustimmung und der Antrag lautet also:

die Projektgenehmigung „ÖV-Planungen 2020“ in Höhe von € 205.000,- zu genehmigen und zwar aufgeschlüsselt in die Jahre 2020 mit € 120.000,- und 2021 mit € 85.000,-. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung „ÖV-Planungen 2020“ in Höhe von € 205.000,- wird erteilt. Die Mittel verteilen sich im Finanzierungs- und Ergebnishaushalt im Umsetzungszeitraum wie folgt:

2020: € 120.000,-

2021: € 85.000,-

Die Bedeckung dieser Summe erfolgt durch eine Umschichtung aus der Projektgenehmigung über € 870.000,- Masterplan ÖV, 1. Stufe Busnetz Graz West und ÖV-Anbindung Center Ost GZ.: A8/7737 /2017-8 und A 10/8 - 021889/2014/0015 vom 14. Juni 2018 dem Investitionsfonds-Bereich Baudirektion.

2. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2020 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP	Deckungsring	FVA 2020
260	612000	1.060000	12603290	ÖV-Planungen / Im Bau befindliche Grundstückseinr.	D.260329	+120.000
260	612000	1.060000	12603180	Masterplan ÖV Begleitmaßnahmen/ Im Bau befindliche Grundstückseinr.	D.260318	-120.000

**GR. Dreisiebner:**

Ja, wir werden das Stück auch unterstützen, auch wenn das offensichtlich in irgendeiner Form falsch übertragen oder angekommen ist. Die Wortmeldung, die ich hier gerne machen würde, möchte ich etwa dort wieder anknüpfen, wo wir das letzte Mal hier in der Stadthalle gesessen sind. Wir haben damals für den Masterplan ÖV den Planungsbeschluss für die Beschaffung der Straßenbahnfahrzeuge, die wir ab 2024 zu einer ersten Tranche brauchen werden, beschlossen. Es ist sehr wichtig, das sagt uns auch die Unterlage zu diesem Planungsbeschluss, dass die Ausschreibung noch im Juni, spätestens im Juli über die Bühne geht. Jetzt gab es natürlich sehr hektische Tage und ich möchte an der Stelle nach den Informationen, die uns über die Medien erreicht haben, dass es einen absoluten Planungsstopp und Investitionsstopp geben soll und einer Erklärung, die ja gestern dann quasi passiert ist, dass es da schon Unterschiede gibt zwischen den einzelnen und den anderen und dass es dementsprechende Reihungen nach Wichtigkeit von Projekten geben soll, erstens danke sagen, dass man diese Straßenbahnfahrzeugbeschaffung, Straßenbahnausbau generell auf Linie hält und zum anderen noch einmal heftig bitten und erinnern, dass man wirklich im Juni oder Juli bestellen. Es ist nicht so, dass die entsprechenden Firmen keine Aufträge in den Büchern hätten und wenn wir 2024 die dann notwendigen Fahrzeuge nicht haben, die wir für die Smart-City-Linie und für die Reininghaus-Straßenbahnlinie benötigen würden und für die Innenstadtentflechtung, dann wird es sehr kompliziert. Aber ich bin guten Mutes, wollte das nur noch mal als Erinnerung mitgeben und wir stimmen dem heutigen Stück natürlich auch zu.

**Bgm. Nagl:**

Vielen Dank, kleine Anmerkung noch am Rande, nachdem ich mit dem Herrn Vizebürgermeister vor rund 1 ½ Jahren mit dem damaligen Bundesminister fürs Verkehrswesen verhandeln durfte und wir eine so genannte Nahverkehrsmilliarde für die Städte Linz, Salzburg, Innsbruck, also die großen Ballungsräume erstmals, herausverhandeln konnten, hoffe ich, dass auch die grüne Bundesministerin Gewessler

jetzt zu dieser Aussage steht und wir vielleicht auch einen Zuschuss bekämen. Es wäre ja das erste Mal in der Geschichte, dass auch Straßenbahnen dann von Bundesseite oder Straßenbahnausbauten von Bundesseite unterstützt werden. Darf auch hier bitten, mit der Frau Bundesministerin vielleicht auch auf parteipolitischer Ebene unser Anliegen vorzutragen. Es wäre schon ganz wichtig, weil die Herausforderungen gerade im schienengebundenen Verkehr und die Kosten dazu sind enorm. Aber wir wollen, wenn irgendwie möglich, an dem Fahrplan festhalten.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Nagl:**

Es gibt noch ein Stück auf der Tagesordnung, nämlich vom zweiten Nachtrag, das wir berichten dürfen. Das ist das Stück Nr. 15, Berichterstatter ist unser Finanzreferent, Herr Dr. Riegler. Es geht um den Fahrplan für Corona. Einen bedingten Nachtragsvoranschlag 2020 mit Beilagen. Wir haben ja die große Herausforderung, dass wir, wenn es budgetär große Veränderungen gibt, einen Nachtragsvoranschlag zu beschließen haben, aber wir haben uns aufgrund der derzeitigen Datenlage dafür entschieden, erst im Herbst wirklich mit einem solchen Nachtragsbudget den Gemeinderat zu beschäftigen. Ich darf dich um Berichterstattung ersuchen.

**Berichterstatter: StR Dr. Riegler**

**7.15 Stk. 15) A 8 – 101366/2019-11**

**Fahrplan für Corona-bedingten  
Nachtragsvoranschlag 2020 + Beilagen**

**Riegler:**

Sehr geehrte Damen und Herren, der Herr Bürgermeister hat es schon in der Anmoderation angekündigt: Es ist tatsächlich so, wie es ja auch im Gemeinderatsstück steht, dass wir rechtlich dazu verpflichtet sind, immer dann ein neues, ein Nachtragsbudget zu erstellen, wenn das bisherige Budget aufgrund besonderer Vorkommnisse, die, so glaube ich, augenfällig sind und die ich nicht weiter erläutern muss, eben tatsächlich sich in wesentlichen Teilen, in seiner Struktur verändert. Das ist hier im konkreten Fall der Fall, denn wir erwarten sowohl auf der Ebene der Kommunalsteuer als auch auf der Ebene der Ertragsanteile Mindereinnahmen und wir erwarten andererseits auch zum Teil mehr Ausgaben, die sich daraus ergeben, dass wir eben z.B. ein kommunales Hilfspaket geschnürt haben, von dem Sie ja wissen und von dem wir Ihnen schon berichtet haben, dass wir z.B. in städtischen Immobilien auf Mieten für Mieter verzichtet haben. Eine Maßnahme, bei der wir insbesondere kleinen und Kleinstunternehmen auch geholfen haben und worüber sie sich, so glaube ich, auch gefreut haben. Ich darf vielleicht einleitend kurz daran erinnern, was Mario Draghi anlässlich der Finanzkrise der Weltfinanzkrise gesagt hat, als es Spekulationen gegen den Euro gab. Er hat dann in einer Rede nebenbei bemerkt: „Within our mandate, the ECB is ready to do whatever it takes to preserve the euro. And believe me, it will be enough.“ Er hat gesagt: „Wir werden alles tun, was notwendig sein wird, um den Euro zu retten und glauben Sie mir, es wird ausreichen.“ Von diesem Moment an haben die Spekulationen gegen den Euro eigentlich aufgehört und das Brett zwischen dem Euro und den Zinssätzen in Euroländern hat sich verringert. Warum sage ich das einleitend? Weil wir alle Zeugen wurden in den Tagen des März, als es dann die Ankündigung gab bei uns in Österreich, koste es was es wolle, es werde niemand zurückgelassen, es werde geholfen. Daher haben wir uns als Stadt Graz, genauso wie das Land Steiermark und die Bundesregierung, natürlich verpflichtet gefühlt, auch weiterhin bei den Investitionsprojekten und bei den Förderprojekten, die wir schon getätigt haben, zu bleiben und uns dazu zu bekennen, aber wir sind eben auch gezwungen, einerseits den Buchstaben des Grazer Stadtstatutes, also den Vorschriften des Grazer Stadtstatutes zur Budgeterstellung, zu gehorchen und vor

allem sind wir alle, wie wir hier sitzen und stehen, natürlich auch der kaufmännischen Vorsicht verpflichtet. Ein vorsichtiger Kaufmann kann ein Budget natürlich nicht aufrechterhalten, wenn er befürchten muss, dass es wesentliche Einnahmenveränderungen geben könnte. Diese habe ich ja schon erläutert und daher ist es nun sinnvoll, bis zu einem Nachtragsbudget auch tatsächlich keine neuen Investitionsprojekte sozusagen, die zu einer Neuverschuldung führen, vorzulegen. Ich möchte aber doch auch allen, auch Medienvertretern und Medienvertreterinnen, die hier sein sollten, oder auch der Opposition, die mich ja zum Teil gleich am Montag noch kritisiert hat, darauf hinweisen, dass wir im Budget eine lange, lange Liste an Investitionen enthalten haben. Lauter Investitionen übrigens, die auch, weil heute später noch bei den dringlichen Anträgen so etwas kommen wird, die alle auch klimaschützend sind, denn wenn Sie sich die Mühe machen und die Seiten bis 30 des Budgets durchsehen, werden Sie sehen, dass die allermeisten Investitionen, die wir hier planen, eben Energiesparen macht Schule, Energieeffizienz oder eben der Ausbau der Straßenbahnlinien, dass alle diese Projekte ohnedies, so glaube ich, eines Klimachecks würdig sein werden, aber wir werden ja später noch über den Klimacheck diskutieren. Das heißt, die Botschaft an alle, die zuhören: Es gibt keinen vollständigen Investitionsstopp, die Investitionen gehen weiter, wir bekennen uns selbstverständlich zu den Maßnahmen, die schon beschlossen sind, aber als vorsichtige Kaufleute werden wir bis zum Oktober zunächst einmal das Budget überarbeiten und auch neue Einnahmenquellen hoffen, erschließen zu können. Z.B. auch aus dem Bundeshaushalt aus erwartbaren Bundesbeihilfen, bevor wir dann wieder in neue Projekte investieren. Wir haben gehört in den letzten Tagen, dass es tatsächlich seitens der Bundesregierung geplant sei, dass es ein kommunales Investitionsprogramm geben wird. Ich möchte an dieser Stelle aber durchaus appellieren, dass eben hier nicht nur dadurch geholfen wird, dass wir die Liquidität der Gemeinden stützen, denn die Gemeinden sind nun einmal investiv jene Körper, die am ehesten wissen, wo es dringend einen Infrastrukturverbesserungsbedarf und damit auch einen ökonomischen Multiplikator-Effekt sinnvoll gibt. Nicht sinnvoll halte ich ehrlich gesagt das Helikoptergeld, das derzeit gerade in Wien, Michi Ehmman, gerade praktiziert wird,

indem man einfach Geld verteilt an Währinger Villenbesitzerinnen und -besitzer, die dann einmal fein auch auf Staatskosten zum Plachutta gehen können. Ich bin da eher der Meinung, dass wir tatsächlich die Gemeinden fragen sollten, und auf meine Anregung hin, die ich am Montag auch öffentlich geäußert habe, hat mittlerweile der Städtebund auch einen Brief an den Herrn Bundeskanzler geschickt, in welchem der Herr Städtebundgeneralsekretär Weninger auch das Beispiel eingebracht hat und auch erwähnt hat in diesem Brief, das ich eben in den Medien kund getan habe, nämlich, ein privatisierter Flughafen würde wahrscheinlich den Fixkostenzuschuss bekommen, ein 100 % öffentlich gehaltener Flughafen, wie der Flughafen Graz, fällt momentan, wenn es dabei bleibt, um den Fixkostenzuschuss um. Das habe ich mir erlaubt, auch medial kund zu tun, dass ich das nicht fair empfinde und es wurde jetzt eben auch aufgrund des Drängens eben tatsächlich auch über den Städtebund dem Herrn Bundeskanzler beschrieben. Ich hoffe und bin zuversichtlich, dass wir daher bis Juli/August in der weiteren Budgetvorbereitungsphase tatsächlich mehr Klarheit bekommen.

Ein Wort möchte ich vielleicht auch noch dazu verlieren, zu den Planungsszenarien.

Normalerweise plant man ja ein Budget, das ja, wie Sie wissen, immer als die in Zahlen gegossene Politik gilt, normalerweise plant man ein Budget ja nach einer

Grundannahme. In diesem Fall müssen wir zwei oder drei Grundannahmen

durchspielen. Ein Szenario könnte sein, dass die Konjunktur nicht sofort anspringt, dass

die Arbeitsplätze tatsächlich nicht sofort wieder nachbesetzt werden, dass wir also

durchaus mit einem langsameren Konjunkturerholungspfad zu tun hätten und wir

müssen natürlich auch in einer Worst-case-Szenario-Ermittlung natürlich auch

einpreisen, was ist, wenn wir tatsächlich keine oder nur sehr geringe Staatshilfen

bekommen sollten.

Ein weiteres Szenario, und ich hoffe, dass es eher dieses Szenario sein wird, könnte

dann ein Szenario sein, in dem wir einen u-förmigen Verlauf haben. Aufgrund der

Tatsache, dass eben die Wirtschaft dann doch wieder anspringt, dass auch der

Tourismus wieder anspringt, dass die Kommunalsteuern und die Ertragsanteile in der

zweiten Hälfte des Jahres vielleicht wieder steigen und dass wir eben über kommunale

Rettungsschirmpakete tatsächlich auch zu Staatshilfe kommen. Daher ist alles, was wir

jetzt in den nächsten Monaten tun werden, diese zwei Szenarien durchzuspielen und für den Fall, dass es schlechter wird, eben tatsächlich auch einzelne Projekte zu verschieben, nach hinten zu verschieben. Das heißt nicht zwangsläufig, dass sie abgesagt sind, aber zumindest sistiert. Es kann aber auch sein, dass wir im September gescheiter sind, dass die Budgetlage sich entspannt und dass wir dann vielleicht mit neuem Elan auch weitere Projekte beschließen können.

Abschließend, ich bin überzeugt davon, dass Graz bisher schon sehr, sehr gut durch diese Krise gekommen ist. Graz ist ein wirtschaftlich sehr starker Standort, ein sehr erfolgreicher Lebensraum, in dem viele Menschen leben möchten. Das ist sicherlich ein Startvorteil in die Post-Corona-Phase. Ich bin daher davon überzeugt, dass es uns gelingen wird, unter Mithilfe aller Abteilungsvorstände und aller Beteiligungsgesellschaften, dass wir einen guten Pfad herausfinden und dass wir ihnen dann spätestens mit der Auflage des Budgets im September und mit der Beschlussfassung dann im Oktober tatsächlich einen Pfad aus der Krise weisen können. Bleiben wir alle optimistisch, bleiben wir alle gesund und bitte, ich lade Sie noch einmal herzlich ein, lesen Sie in Ruhe auch das Budget durch. Es sind alle Maßnahmen und Budgetpositionen und Projekte, die über 150 Mio. Euro ausmachen, hier benannt und es ist derweil einmal nichts gestoppt, sondern es ist lediglich die Maßnahme eingetreten, nämlich, dass wir Projekte zunächst einmal als neue Projekte für die Zeit der Budgeterstellung sistieren. Dankeschön.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der infolge der Corona-Krise notwendige Nachtragsvoranschlag 2020 ist bis spätestens Oktober 2020 dem Gemeinderat im Entwurf zur Beschlussfassung vorzulegen. Hierbei sind jene Positionen des städtischen Voranschlages zu aktualisieren, die gemäß der dann gegebenen Einschätzung wesentlich vom ursprünglichen Voranschlag abweichen werden. Zur Bedeckung der Lücke ist ein möglichst ausgewogenes Maßnahmenbündel unter Beteiligung aller Haus-Graz-Bereiche heranzuziehen.

folgende Maßnahmen sind in Vorbereitung dieses Nachtragsvoranschlags zu veranlassen:

- Beobachtung der Konjunktorentwicklung und der tatsächlichen Einnahmen bis September 2020 samt aktualisierter Gesamtabstschätzung der COVID-19-Krise auf das Ganzjahr 2020
- Klärung offener Rechtsfragen mit Aufsichtsbehörde und Bundesregierung
- Abklärung der Möglichkeiten von Einsparungen im laufenden Haushalt 2020
- Abklärung der Möglichkeiten von Investitionsverschiebungen 2020 (Stadt und Beteiligungen)
- Abklärung der Forecasts 2020 mit den wichtigsten Haus-Graz-Gesellschaften
- Abklärung der Hilfsmaßnahmen von Bund und Land
- Neufestsetzung der Zahlungsströme zwischen Stadt und Beteiligungen infolge von Veränderungen des Serviceangebots

**GR Ehmann:**

Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen der Stadtregierung, KollegInnen im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen im Live-Stream. Danke für die profunden Ausführungen. Uns ist es aber auch letztendlich darum gegangen, und das war die vermeintliche Kritik, die du, lieber Herr Stadtrat, angesprochen hast, durch den Medienbericht, durch diesen angekündigten Investitionsstopp, denn ich glaube, eine Stadt, die wie Graz, die auch pulsierend ist, sich weiterentwickelt, prosperierend sein soll, soll einen derartigen Investitionsstopp nicht erleiden und erleben. Auch bei Neubewertungen oder neuen Projekten sollte es eine Priorisierung, eine Prioritätenreihung geben, die einfach vernünftig mit Expertinnen und Experten nicht nur im Haus, natürlich auch, aber auch mit Organisationen, Interessensvertretungen usw. ausgearbeitet werden soll gemeinsam und auch mit den politischen Fraktionen hier im Haus. Wo man sich einfach bis zum Herbst festlegt, was wird weiterverfolgt, welche Priorität hat welches Projekt etc. Ich glaube, das ist einfach eine vernünftige

Vorgehensweise. Deswegen haben wir das auch letztes Mal im Gemeinderat auch so eingebracht. Wo es ja zur damaligen Zeit abgelehnt wurde, schauen wir, was heute passiert. Wir werden den gleichen Zusatzantrag noch einmal bei anderer Gelegenheit, weil das ja ein Informationsbericht ist und wir hier keinen Zusatzantrag stellen können, bei einem anderen Punkt anknüpfen und einbringen, wo es Sinn macht. Was das Helikoptergeld von Wien betrifft. Ich glaube, dass das gar nicht so eine schlechte Maßnahme ist, denn das ist tatsächlich eine Maßnahme, die offensichtlich bei den Haushalten, sprich bei den Menschen, ankommt; was die Wirtschaftshilfen ja nicht immer tun, wenn man sich mit Unternehmerinnen und Unternehmer unterhält, die vielfach bis heute noch keinen Cent gesehen haben von der Wirtschaftshilfe und ums Überleben raufen. Ich glaube, dass das durchaus Sinn macht, hier eine Ausschüttung zu machen, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, in ihrem Wirkungsbereich hier eine Unterstützungsleistung zu bringen. Lieber Herr Stadtrat, wenn du den Plachutta strapazierst, gehe ich davon aus, dass der Plachutta nicht alles allein macht. Ich nehme an, er wird auch Beschäftigte haben. Daher wäre es auch hier ein Beschäftigungseffekt, selbst wenn man beim Plachutta einkauft. In diesem Sinne herzlichen Dank.

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Live-Stream. Wir hatten auch vor, einen Zusatzantrag einzubringen und zwar geht es da besonders um diesen Paragraph 81 im Statut der Landeshauptstadt Graz. Wo ja schon im Stück richtig festgehalten wird, dass es zwar möglich ist, für Investitionen Darlehen aufzunehmen, das würde aber auch bedeuten, dass es Ausgabenkürzungen geben wird, um etwaige Lücken im laufenden Betrieb auszugleichen. Wir haben ja in den letzten Tagen gelesen, dass es einerseits bei den Ertragsanteilen, andererseits auch bei der Kommunalsteuer weniger Einnahmen geben wird. Es war da von ca. 100.000.000 Euro die Rede und wie wollen wir das kompensieren? Das bedeutet dann ja auch, dass es deutliche Einschnitte bei

städtischen Leistungen geben wird und das, glauben wir als Grüne, ist kein gangbarer Weg in so einer Situation und ich hoffe, dass das auch hier politischer Konsens ist. Gerade in so einer Krisenzeit ist es wichtig, dass die Leistungen der Stadt Graz in vollem Umfang aufrechterhalten werden und gerade in einer Krisenzeit ist es wichtig, dass durch Konjunkturmaßnahmen öffentlicher Stellen die Wirtschaftskraft der Stadt zu stärken. Daher glauben wir, dass es auch wichtig wäre, das Thema dieser juristischen Festlegung, das Thema des § 81 anzugehen und deshalb ergeht von uns die Bitte an dich, Herr Stadtrat, bezüglich des § 81 mit dem Land bzw. auch, wie ich jetzt gerade vorher gehört habe vom Herrn Finanzdirektor, mit dem Bund Gespräche aufzunehmen, dass man den auf die Dauer der Auswirkungen der Corona-Pandemie aussetzt. Danke.

**GR. Eber:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Zunächst vielen Dank an den Herrn Finanzstadtrat für diesen Bericht, den er uns übermittelt hat und auch heute hier kurz vorgestellt hat. Ich möchte nur einige kleine, wenige Anmerkungen dazu doch machen, aus unserer Sicht. Zunächst zu den Investitionen:

Hier hat es sich für uns zunächst einmal so dargestellt, als gäbe es hier nicht eine ganz klare Linie. Weil zunächst Mitte April hat es ja noch geheißen, selbstverständlich bleiben alle Investitionen aufrecht. Gerade jetzt ist es ja wichtig zu investieren. Dann haben wir gelesen vom Investitionsstopp, sind davon ausgegangen, dass das natürlich alles betrifft und erst in den letzten Tagen hat es hier Klarstellungen gegeben und von da her natürlich auch unsere Kritik, dass man vielleicht auch mit den Oppositionsparteien hier doch etwas mehr sprechen und informieren und einbinden sollte, damit eben solche Missverständnisse dann nicht entstehen. Gefreut haben wir uns, und das möchte ich auch hier natürlich anmerken, selbstverständlich darüber, dass zumindest die Plabutschgondel nun ad acta gelegt wurde.

Es hat ja bereits in den ersten Tagen eigentlich der Corona-Krise ein Maßnahmenpaket oder Maßnahmenpakete der Stadt Graz vor allem auch für Wirtschaftstreibende gegeben. Das war natürlich sehr wichtig, notwendig und sinnvoll und haben wir natürlich auch unterstützt. Wir hätten uns natürlich aber auch für andere Gruppen in unserer Stadt mehr Unterstützung gewünscht. Also beispielsweise hätten wir im Bereich der Betriebskosten Erleichterungen schaffen können, oder man hätte, und das ist etwas, was ich bis heute nicht verstehe, man hätte zumindest den Heizkostenzuschuss für Sozialkarteninhaber und –inhaberinnen automatisch überweisen können. Hier hat es eine Antragsverlängerung gegeben. Aber gerade ältere Menschen, die natürlich auch mit dem Computer oft nicht so firm sind, für die war das natürlich eine Herausforderung und hier möchte ich jetzt eigentlich schon anmerken, dass im Herbst der Heizkostenzuschuss, dass es hier von unserer Seite sicherlich wünschenswert wäre, wenn dieser einmalig sozusagen außerordentlich erhöht wird aufgrund der besonderen Umstände, vor denen wir stehen und zweitens, dass dieser dann auch tatsächlich automatisch angewiesen wird. Zuletzt vielleicht noch, das KDZ, Zentrum für Verwaltungsforschung, geht ja davon aus, dass die Gemeinden in ganz Österreich betroffen sind von den Corona-Maßnahmen in einem Ausmaß von zumindest 900 Mio. Euro, das kann aber hinaufgehen bis 2 Mrd., genau wissen wir es heute noch nicht. Der Herr Finanzstadtrat spricht im Bericht ja davon, dass die Stadt Graz da mit Kosten, Mehrausgaben, weniger Einnahmen, im Ausmaß von 100 Mio. konfrontiert sein könnte. Sie haben, Herr Finanzstadtrat, das schon angesprochen. Es soll ja auch von der Bundesregierung hier ein kommunales Hilfspaket sozusagen geben. Das KDZ, das ich angesprochen habe, sagt, was ist jetzt für die Gemeinden eigentlich notwendig und die sagen, 1. es braucht kurzfristige Hilfe, um die Liquidität der Gemeinden zu sichern und es braucht nach der Krise, ich meine sogar schon in der Krise, eine rasche Stützung der kommunalen Investitionstätigkeit vor allem auch im Hinblick darauf, dass hier die regionale Wirtschaft natürlich auch dann damit gestützt und unterstützt wird und ich würde vielleicht abschließen noch mit einer Frage an Sie, Herr Finanzstadtrat, gibt es hier schon konkrete Gespräche mit den zuständigen Stellen auf Bundesebene und wenn ja, wie ist hier der Stand der Gespräche? Denn wir freuen

uns natürlich auch, wenn wir in Ihnen einen Mitstreiter für mehr Geld für unsere Gemeinde, für unsere Stadt haben. Dankeschön.

StR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Ich möchte nur noch ein wenig ausführen, warum wir eigentlich jetzt in dieser misslichen Lage sind, dieses Thema zu diskutieren. Weil wir eine Krise durchgemacht haben und vielleicht, nicht vielleicht, ganz sicher, aus dieser Krise ganz viel mitnehmen sollten. Wir haben bemerkt, dass ein Wirtschaftssystem, das auf Raubbau und Ausbeutung basiert, kein zielführendes ist, sodass wir viel mehr auf Regionalität, auf unsere Arbeitsplätze hier und auch regionale Produkte schauen müssen und insofern ist für mich die Frage schon die, das war jetzt vom Kollegen Eber auch erwähnt, wie weit wird diese Diskussion jetzt offen und transparent geführt? Inwieweit werden hier Dinge mitgedacht, die ganz wesentlich sind, was Investitionen in den regionalen Arbeitsmarkt anbelangt. Zum Klimacheck: Du behauptest, Kollege Riegler, es würde eh alles dem Klimacheck standhalten, warum machen wir ihn dann nicht? Der Bund hat ihn beschlossen, das Land hat einen Klimacheck beschlossen. Unterziehen wir doch alle Maßnahmen, die jetzt an Investitionen da sind, einem Klimacheck und schauen wir dann anhand dessen, aber auch, ob das den regionalen Arbeitsmarkt und die regionale Wertschöpfung bedient, ob das prioritär ist oder ob das verschoben wird. Es wäre wichtig zu wissen, nachvollziehbar zu wissen, was verschoben wird und was jetzt prioritär an Projekten da ist und ja, ganz wichtig wird auch sein, wie die Kollegin Andrea Pavlovec-Meixner schon erwähnt hat, wo wird frisches Geld in die Hand genommen, wo wird Konjunktur belebt, in welche Maßnahmen, die wirklich zukunftssträchtig und für die Zukunft in unserer Stadt wichtig sind? Wir haben dazu viele Vorschläge gemacht. Der Kollege Dreisiebner und ich auch in der Pressekonferenz. Ich habe sie dir auch unterbreitet und es würde mich sehr freuen, wenn wir dieses ganz wesentliche Kapitel nach der Krise gemeinsam diskutieren könnten.

**StR. Hohensinner:**

Nur ganz kurz, weil der Gemeinderat Eber da einiges angesprochen hat bezüglich Heizkostenzuschuss, der ja bei uns jetzt neuerdings Energiekostenzuschuss heißt, da möchte ich etwas klarstellen. Der ist online zu beantragen. Die Hürde jetzt in der Krise war aus meiner Sicht nicht extrem hoch, aber ich nehme natürlich alle Ängste ernst, habe auch mit meiner Sozialabteilung hingeschaut, wie viele Anträge bis zu einer gewissen Zeit eingegangen sind. Die waren ganz ident mit dem letzten Jahr. Ich habe aber darüber hinaus die Antragsfrist dann um 2 Wochen noch ausgedehnt und jetzt im Endeffekt gibt es nicht weniger Anträge als im letzten Jahr. Diese Bedenken kann man wirklich vom Tisch wischen. Aber ein Argument, das du jetzt am Schluss gebracht hast, da muss ich sagen, das stimmt schlicht weg nicht und da bitte ich wirklich die KPÖ, bei den Fakten zu bleiben. Du hast gesagt, ältere Menschen tun sich schwer. Ich habe das System umgestellt und habe immer ältere Menschen und Menschen mit Behinderung ausgenommen. Das heißt, genau diese Zielgruppen bekommen den Energiekostenzuschuss direkt überwiesen. Also bitte, dieses Argument nicht mehr zu verwenden (*App!*).

**GR Mag. Frölich:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin sehr froh darüber, dass dieses Stück heute im Gemeinderat behandelt wird. Wir sehen, wie intensiv und wie weitgehend die Überlegungen in aller Ruhe angestellt werden, um zum gegebenen Zeitpunkt, wenn konkrete Taten und Fakten greifbarer werden, wenn die Größenordnungen greifbarer werden und dann auch zur Tat zu schreiten. Kollege Eber, du hast es selbst erwähnt, auch das KDZ spricht von vielleicht 900 Mio., vielleicht 2 Mrd. Das sind Größenordnungen, die konkretes Handeln vielleicht oder sehr sicher schwierig macht zum jetzigen Zeitpunkt und ich glaube, dass man vorausdenken soll, dass man schauen soll, wie können wir diesen erfolgreichen Weg, den wir bisher budgetär beschritten haben in Graz nach dieser neuen Situation weitergehen. Ich gebe nur zu bedenken, dass wir seit 2008 einen positiven laufenden Saldo haben. Das heißt,

dass wir hier Großes geleistet haben. 2004 bis 2007 war das ja anders. Da war der laufende Saldo noch negativ. Wir haben Rekordvolumina im investiven Bereich hinter uns. Es ist gelungen, Schritt zu halten mit den großen Herausforderungen des Wachstums, dem sich die Stadt gegenüber sieht. Auch das war eine Leistung, die budgetär, ich zitiere wieder, die in Zahlen gegossene Politik hat hier gefruchtet. Den § 81, liebe Andrea Pavlovec-Meixner, den würde ich mit Vorsicht behandeln. Wenn du sagst, reden wir mit dem Land, ob wir das nicht wegbringen. Wir haben den positiven laufenden Saldo, ich glaube, es gibt nicht viele schlimmere Dinge als die, dass man seine Fixkosten, seine laufenden Kosten schon fremdfinanzieren muss. Dann sieht es schlecht aus. Da zu sagen, naja, es wird natürlich eine Herausforderung werden und man wird Flexibilität brauchen, man wird gute Ideen brauchen, um reagieren zu können, dass wir nicht nur einfach Darlehen aufnehmen können, um unsere laufenden Kosten zu decken, das halte ich für gut und für anregend, um zu flexiblen und guten Lösungen zu kommen. Ich denke, wenn wir im Herbst zusammensitzen und über diese budgetären Maßnahmen sprechen werden und dann alle zusammen ein Corona-Regulierungsbudget beschließen werden, dann werden wir sehr viel Genaueres wissen und ich sehe das auch sehr positiv. Wir sind in vielen Bereichen zu einem neuen Denken angeregt und ich glaube, das wird auch im Bereich der Budgets passieren, dass wir dann sehen, wie wir denn diesen positiven Weg, den wir hinter uns haben, auch in Zukunft fortsetzen können. Danke.

GR Mag. **Haßler:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen am PC zu Hause. Ich möchte am Anfang beim Kollegen Frölich im positiven Sinne anschließen, bevor ich dann bei einem anderen Thema, das angesprochen wurde, schon eine andere Meinung vertreten möchte. Zum § 81, ein Vorschlag von der Andrea Pavlovec-Meixner, für die laufende Gebarung der Stadt auch da die Möglichkeit zu schaffen, das mit Schulden notfalls abzudecken. Da halte ich auch sehr wenig davon, weil das hat man aus gutem Grund so gemacht, weil sonst

Kommunen schon versucht wären, überhaupt nicht mehr auf die finanzielle Gebarung im Sinne eines folgsamen Kaufmannes zu achten. Wo ich nicht beim Kollegen Frölich sein kann, ist die Sichtweise, die er angesprochen hat, dass der erfolgreiche Weg der Grazer Finanzen jetzt durch die Corona-Krise unterbrochen wurde, weil ich glaube nicht, dass man von Erfolg reden kann, wenn wir momentan, ich glaube, 1.379 Mio. Euro Schulden haben und auch ohne Corona in Richtung 1.600 Mio. Euro Schulden gewandert wären und jetzt mit Corona wahrscheinlich noch weiter fortschreiten werden. Ich glaube schon, dass auch ohne Corona es dringend notwendig gewesen wäre, auch schon in der Vergangenheit sorgsamer mit den finanziellen Mitteln umzugehen und auch Projekte, die man jetzt sistiert hat, ich hoffe endgültig sistiert hat, wie die Plabutsch-Gondel, dass man diese Dinge vorher sorgsamer betrachtet hätte, ob es mit der finanziellen Lage, die wir haben, ob das vertretbar bist. Aus meiner Sicht keinesfalls, weil, wie gesagt, wir haben ganz andere Herausforderungen in dieser Stadt, denen wir uns stellen müssen und da hätten wir von vorneherein Millionen ersparen können, im Bereich Plabutsch sind es rund 1,5 Mio., die Olympia-Bewerbung war eine Million, also es gibt viele Millionen, die da schon verschleudert wurden, wenn man das so ausdrücken möchte.

Was mich irritiert in diesem Zusammenhang ist, wenn man sagt, man muss alles neu denken. Wenn ich in den Medien lese, weil im Gemeinderat ist es ja nie diskutiert worden, wenn ich in den Medien lese, dass diese Koalition jetzt wahrscheinlich frei nach dem Motto, wir wollen niemanden zurücklassen, daran denkt, sukzessive in allen Gesellschaften der Stadt zwei Geschäftsführer zu installieren. Man hat teilweise schon begonnen, wenn man das durchzieht, reden wir da von einem zweistelligen Bereich an Geschäftsführern, die neu und zusätzlich geschaffen werden. Wir reden da von Zusatzkosten pro Geschäftsführer im Schnitt von rund 200.000 Euro pro Jahr und das sind keine Peanuts, von denen wir da reden und ich glaube, dass man auch diese Dinge in diesem Gemeinderat diskutieren müsste, weil seitdem es das Haus Graz gibt, das leider ja von den Grünen auch in dieser Form so unterstützt wurde, sehen wir, dass sukzessive Entscheidungen weg vom Gemeinderat einfach in andere Bereiche verschoben werden und der Gemeinderat teilweise über Medien oder über

Hintertüren erfährt, welche Wege eine Koalition, wie immer die auch gerade zusammengesetzt ist, einschlagen will. Ich glaube, dass das nicht gut ist und dass das nicht richtig ist und dass man hier sicher einschreiten muss. Wenn ich in dem Papier vom Herrn Finanzstadtrat lese, Neufestsetzung der Zahlungsströme zwischen Stadt und Beteiligung in Folge von Veränderungen von Serviceangeboten, dann klingeln bei mir schon alle Alarmglocken, weil das deutet ja darauf hin, dass man Services zurückfahren will, dass man vielleicht bei den kleinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Bereich der Beteiligungen der Stadt sparen will und auf der einen Seite geniert man sich nicht, in den Geschäftsführungen das Ganze zu verdoppeln und das bei Geschäftsführern, wenn ich jetzt den Flughafen hernehme, der heute in den Medien erwähnt wurde, wo über Jahrzehnte ein Geschäftsführer, so glaube ich, eine sehr sehr gute Arbeit auch alleine verrichten konnte, wo man das Vier-Augen-Prinzip mit einem zweiten kontrolliert, der kontrollierende Geschäftsführer mit einem Minimalbetrag sicherstellen konnte, wenn man da einen Vollgeschäftsführer installieren will. Wenn man diesen Weg gehen will, der wird sicher nicht unsere Unterstützung bekommen und ich denke auch, dass einige Fraktionen im Gemeinderat das so ähnlich sehen wie wir. Danke.

**Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:**

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren, die sie uns von zuhause aus, oder wo auch immer, her zusehen. Finanzen sind immer eine schwierige Situation oder ein schwieriges Thema. Kommt es aus der Koalition, wird natürlich alles dementsprechend auch dargestellt, wofür Investitionen notwendig sind, was man als prioritär ansieht und was weniger, aus der Opposition ist klarerweise hier eine andere Sicht der Dinge, weil man eben nicht in der Verantwortung ist, sondern glaubt, man kann jetzt das Füllhorn für alle ausschütten, ohne die Verantwortung für die Finanzierung dafür zu haben und genau das beweisen Sie heute wieder, meine Damen und Herren, wo Sie einfach glauben, es geht jetzt alles so weiter und alle Wünsche ans

Christkind, oder wen auch immer, können erfüllt werden. Ich breche eine Lanze für den Herrn Finanzreferenten, der den Mut bewiesen hat, hinauszugehen und zu sagen, so geht es nicht weiter, weil er seiner Informationspflicht und seiner Warnpflicht gerecht geworden ist. Das war nämlich genau der richtige Weg um Ihnen in Ihrer Nichtverantwortung eben den Boden zu entziehen für alle diese Forderungen, die Sie heute und künftig stellen werden. Sie haben es heute eben ganz anschaulich wieder unter Beweis gestellt, dass Sie eben nicht verantwortungsvoll über dieses Budget denken, sondern ganz im Gegenteil einfach aus der Opposition geschuldet Ihr politisches Kleingeld wechseln wollen. Wir haben uns hier in der Koalition mit dem Thema auseinanderzusetzen, wie können wir die Finanzmöglichkeiten aufstellen? Wo bekommen wir die Gelder her? Bekommen wir sie vom Bund, vom Land, ist die EU bereit, hier einen Rettungsschirm wie auch immer darzustellen, weil es geht ja darum, irgendwer muss ja Geld aufnehmen. Wenn wir es nicht dürfen, und derzeit haben wir diese Situation, dann muss es irgendeine andere Institution, auf welcher Ebene auch immer, tun und uns dann aber die Möglichkeit geben, einen Handlungsspielraum weiterhin zu haben, wenn man uns schon auf anderer Seite die Mittel, die wir als Stadt einnehmen, lukrieren können. In diesem Spannungsfeld sind wir und in diesem Spannungsfeld gehen wir sehr verantwortungsvoll damit um und sagen, ja, es wird Dinge nicht geben, zeitnah, Dinge, die wir in die nächsten Jahre verschieben werden müssen und dazu sind unsere Ämter, alle Ämter, weil wir übernehmen die Verantwortung für alle Ämter, aufgefordert, darzustellen, welche Maßnahmen, welche Investitionen jetzt prioritär anzusehen sind. Dann werden wir uns zusammensetzen und schauen, wie bringen wir das in Einklang mit den Finanzmöglichkeiten, die wir haben werden. Wir wissen es heute noch nicht, wir wissen heute noch nicht, welchen Finanzspielraum wir haben werden. Meine Damen und Herren, genau das ist unsere Verantwortung. Frau Kollegin Schwentner, wir haben auch die Finanzen zur Verfügung gestellt, damit Sie in Ihrem Amt tätig sein können. Dass die Anschlüsse getätigt werden, Fernwärmeanschlüsse, Frau Kollegin Kahr, auch bei dir ist es so, dass wir Mittel zur Verfügung stellen, damit die diversen Ausbauten bis hin zu Radwegen etc. gemacht werden. Ja, das ist so. Weil sonst würden wir sagen, wir beschränken Ihre,

eure Ämter. Weil wir summieren das nur bei uns, das tun wir nicht, weil wir Gesamtverantwortung pflegen. Frau Ussner, Sie können darüber lachen und das ist auch sehr lustig, weil wenn Sie mir als Grüne erzählen, wie Wirtschaftspolitik geht, dann ist es wirklich zum Lachen. Das kann ich den gesamten Linken auch so hinwerfen (*Appl.*). Die gesamte Linke hat noch nie Wirtschaftspolitik betreiben können und Gott sei Dank sind Sie derzeit nicht am Zug. Kollege Haßler, ich muss ja schmunzeln, wenn du uns erzählst, wie viel Geld investiert wurde und wird. In den Zeiten, wo die SPÖ noch so ein wenig mit an Bord war, war das völlig wurscht, da war das nicht so, dass man hier darauf schauen musste, wo aufgenommen wird, wie viel aufgenommen wurde, da wollte man aus dem Vollen schöpfen, hat sich aber keine Gedanken darüber gemacht, wie das Ganze zurückzahlen sein wird. Also Opposition ist in Ordnung, aber ein wenig Augenmaß auch behalten und was die Besetzung von Funktionen anbelangt, da ist die SPÖ ganz, ganz schlecht beraten, hier groß aufzuzeigen. Anno dazumal, wo ihr noch aus dem Vollen schöpfen konntet, ist, so glaube ich, rote Personalpolitik im gesamten Haus Graz sehr, sehr stark ausgelebt worden. Derzeit ist es etwas schwieriger, vielleicht habt ihr auch nicht die Personalressourcen dafür. Meine Damen und Herren, wir übernehmen Verantwortung für die Stadt Graz und wir werden Sie zu gegebener Zeit auch informieren, worin wir investieren und wenn wir wissen, woher das Geld kommt, dann wissen wir alle genau darüber Bescheid (*Appl.*).

**Haßler:**

Lieber Mario, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, ich möchte nach deiner Rede schon etwas klarstellen: Erstens einmal habe ich nicht den Vorwurf erhoben, dass irgendwer parteipolitische Postenbesetzungen macht, wenn du das ansprichst, vielleicht machst du das, ich weiß es nicht, aber es scheint so zu sein. Ich habe den Vorwurf auf jeden Fall nie ausgesprochen. Ich habe nur bekrittelt, dass in Zeiten wie diesen, wo wir sparen müssen, dass wir jetzt eine zusätzliche Geschäftsführerebene einführen und ich halte das in dieser Zeit für nicht verantwortbar. Ich erinnere mich an das Jahr 2010, du kennst die GBG eh, unsere damals zweitgrößte Gesellschaft, damals

hat es dort drei Geschäftsführer gegeben und die ÖVP hat uns im Gemeinderat erklärt, das ist nicht notwendig, es reicht ein Geschäftsführer und die gleichen Parteien erklären uns jetzt, wir brauchen wieder mehr, obwohl wir die finanziellen Mittel nicht haben. Zum dem, dass ihr eine Prioritätenreihung macht, da gratulieren ich euch, nur normalerweise würden sich die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt erwarten, dass man das nicht nur in Corona-Zeiten macht, sondern immer macht. Man macht prinzipiell eine Prioritätenreihung, wenn man Projekte aufstellt und sagt dann aufgrund der finanziellen Mittel, die man zur Verfügung hat, das wäre schön, aber leider nicht leistbar. Ich bin der Überzeugung, bei einem Schuldenstand, wie ich schon gesagt habe, von 1.379 Mio. Euro, wie es auch der Rechnungshof immer sagt, da muss man sehr sorgsam mit den Mitteln umgehen und man hätte in der Vergangenheit schon viele Projekte, die ihr angestrebt habt, so nicht durchführen müssen und dürfen. Danke.

**Bgm. Nagl:**

Meine geschätzten Damen und Herren, wir haben jetzt alle einige Wochen erlebt, die uns persönlich nachdenklich gemacht haben. Einige Wochen erlebt, aus denen wir vielleicht auch etwas mitgenommen haben, ich würde es mir für jeden einzelnen wünschen, aber wir haben auch Wochen erlebt, wo wir Veränderungen in der Gesamtgesellschaft, im Zusammenhalt auch erlebt haben. Manchmal ist ja eine Krise so etwas wie ein Vergrößerungsglas, wie eine Lupe. Da kommen Besonderheiten zum Vorschein, habe ich heute in der Presse früh morgens gelesen, die über Italien geschrieben hat. Mich freut es auf der einen Seite nie, wenn wir eine Krise durchleben müssen, auf der anderen Seite bemerke ich auch jedes Mal, dass von der Politik bis in alle Lebensbereiche hinein, wenn es ernst wird, dann doch alle zusammenhalten. Wir sind vielleicht, so hoffen wir alle, mit dem Gesundheitsbereich bald durch, aber was die Gemeinschaft anbelangt, sind große Herausforderungen da, da mache ich mir in Österreich weniger Sorgen als um die gesamte Weltwirtschaft, die wiederum massive Auswirkungen auch auf Österreich haben könnte. Keiner von uns weiß, wie es uns

wirtschaftlich in wenigen Wochen und Monaten gehen wird. Es gibt nach wie vor viele Unternehmungen, fast alle Unternehmungen, die eine große Sorge haben. Es kommen jetzt nämlich die Urlaubsgehälter auf alle Unternehmungen zu und das könnte, wenn ich so sagen darf, in der Liquidität für viele Unternehmen das Aus bedeuten und das wiederum auch starke Rückwirkungen auf unser Bankensystem hätte. Wir sind da noch nicht durch und was ich eigentlich ein bisschen vermisse ist, dass wir in unserer Gesellschaft sehr selten darüber reden, was passiert, wenn ein Ziel, das wir uns gesetzt haben, nämlich auch volkswirtschaftlich im heurigen Jahr, im Moment nicht erreichen können, weil wir ein paar Wochen pausiert haben. Nicht alle, manchmal sehr intensiv gearbeitet haben, aber viele gar nicht die Möglichkeit gehabt haben, sich einzubringen. Das heißt, wenn ich einen gewissen Weg gehen will und wir diesen Weg unterbrochen haben, wir stehen geblieben sind, dann muss es uns klar sein, dass nach dieser Gesundheitskrise wir, wenn ich so sagen darf, an Tempo wieder zulegen müssen, um nur annähernd die von uns gewünschten Ziele zu erreichen. Es muss ja irgendwann auch jemand politisch wieder den Mut haben zu sagen: „Ja, das was wir jetzt weniger arbeiten konnten, müssen wir aufholen, wir müssen uns vermehrt anstrengen.“ Das wird gar nicht so leicht sein, weil es hat für uns alle eine Veränderung gegeben, auch für uns in der Politik, das erste Mal abends zuhause, jeden Tag. Am Wochenende zuhause, für mich eine, wenn ich so sagen darf, völlig neue Erfahrung, weil ich seit 22 Jahren in dem Hamsterrad bin und ich merke, wie schwer es ist, dieses Tempo in voller Fahrt wieder aufzunehmen. Dabei ist es bei mir, wenn ich so sagen darf, eh relativ durchgegangen. Das spüren, so glaube ich alle Menschen. Das heißt, wir werden uns anstrengen müssen und wenn der Herr Finanzreferent uns gesagt hat, Achtung, ich habe nicht nur eine Warnpflicht, sondern wir habe im Statut aber auch hingewiesen von der Landesseite, von der Aufsicht, jetzt unser Budget jetzt möglichst neu zu beschließen, in Ordnung zu bekommen, haben wir darüber nachgedacht, wie können wir das tun.

Es ist immer so gewesen, Oppositionskräfte, die das Budget gar nicht mitgetragen haben, damit auch nicht die Hauptverantwortung tragen und es gibt die, die diese Budgets beschließen und das ist im Moment in der Stadt Graz nur die ÖVP und die

FPÖ. Jetzt müssen auch wir die Verantwortung wahrnehmen und einmal sagen, ja, es gibt einen Neuinvestitionsstopp, das wäre vielleicht das richtige Wort gewesen, das auch die Medien hätten verwenden müssen nach den klaren Aussagen des Herrn Finanzreferenten, aber wir haben schon gesagt, wir schieben 150, fast 200 Mio. Euro an Investitionen vor uns her. Diese Investitionen, die wir tätigen, und da möchte ich den Kollegen Haßler korrigieren, weil er immer so gerne hinausgeht und über Schulden spricht, das sind Investitionen. Das sind Investitionen in unsere Betriebe, die sind da nämlich mit dabei. 70 an der Zahl, wie du weißt. Da geht es um die Lebensqualität der Menschen und wir haben uns sehr gut abgestimmt, dass all diese Investitionen, die wir jetzt tätigen, in Wahrheit Investitionen in die Lebensqualität von Graz sind und das schließt Grünbereiche mit ein. Das schließt das Klimathema mit ein, vor allem das Mobilitätsthema mit ein und davon wollen wir ja nicht abrücken. Ich hoffe, wir werden auch Gelegenheit bekommen, alles umzusetzen, was wir uns vorgenommen haben. Weil ich glaube, auch du, ich weiß es nicht, wer es jetzt war, jemand die Frage gestellt hat, kann man uns informieren, was tut denn so der Bürgermeister, der Finanzreferent, der Vizebürgermeister, die Regierung, aber vielleicht auch alle Bürgermeister Österreichs? Es gibt ja den Zusammenschluss der kleinen Gemeinden im Gemeindebund und der großen Städte im Städtebund. Ich darf Ihnen vielleicht berichten, weil es ein Schreiben gibt, das ich heute auch extra mitgenommen habe, in der Geschäftsleitung vom 15. April, die auch mittels Telekonferenz stattgefunden hat, hat sich dann der österreichische Städtebund schriftlich an den Herrn Bundeskanzler, an den Herrn Vizekanzler und an den Herrn Finanzminister mit dem dringenden Appell zu Gesprächen hinsichtlich der finanziellen Situation der Kommunen gewandt. Präsident Bürgermeister Ludwig und Vizepräsident Bürgermeister Markus Linhard haben in einer Pressekonferenz am 5. Mai die Forderungen des Städtebundes aufgestellt und unterstrichen. Vielleicht auch kurz zum Präsidenten und zum Herrn Bürgermeister, weil ja dieser Gutschein auch jetzt sehr diskutiert wird. Ich bin der Meinung, dass es zwei interessante Dinge dabei gibt. Dass Wahlkampf ist, hat jeder mitbekommen und es wird sich wahrscheinlich jeder Wirt freuen, wenn möglichst viele Menschen kommen.

Ich erlebe es nur so in Graz, dass alle schon danach lechzen, wieder zum Wirt gehen zu dürfen und ich wundere mich, dass die grüne Fraktion in Wien, die ein Koalitionspartner ist, nicht nur den Herrn Bürgermeister darauf aufmerksam gemacht hat, dass das wahrscheinlich in erster Linie lauter Schnitzel sein werden und man wahrscheinlich neben dem Alkoholverbot auch noch ein Fleischverbot drauf hätte legen können, aber es gibt eine fatale Geschichte dabei. Es wurde klar gesagt, es kostet der Bundeshauptstadt Wien ungefähr 40 Mio. Euro, die haben wird. Das ist ein Signal, für den Präsidenten des Österreichischen Städtebundes, das mir nicht gut gefallen hat. Weil dem Finanzminister auszurichten, wir haben genügend Geld, wir können jetzt einmal alle ins Wirtshaus gehen, ist für mich kein gutes Signal gewesen. Es gibt viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die momentan nicht mehr wissen, wie sie ihren Haushalt und ihre Liquidität aufrechterhalten müssen und deswegen braucht es eine Lösung. Es gab dann am 7. Mai eine erste Gesprächsrunde auf Einladung des Generalsekretärs Dr. Dietmar Schuster im Bundesfinanzministerium. Ziel des Bundes wäre die Ausarbeitung eines gemeinsamen Papiers, das den Schulterschluss der Gebietskörperschaften betont, Gemeindebund und Städtebund. Beide waren anwesend durch die Generalsekretäre vertreten, wiesen auf die gravierenden finanziellen Auswirkungen der aktuellen Situation von Städten und Gemeinden hin. Der Gemeindebund hat einerseits ein Investitionspaket gefordert und andererseits auf die Liquidität hingewiesen und einen Zugang zu den Mitteln der Österreichischen Bundesfinanzagentur zu den Konditionen zumindest eingefordert. Der Städtebund hat die Forderung nach einem Investitionspaket unterstützt, allerdings mit einem verstärkten Schwerpunkt in Sachen Klimaschutz. Das möchte ich auch sagen. Gerade der urbane Bereich, die Städte, haben klar gesagt, wenn wir bitte ein Investitionspaket bekommen, dann in Sachen Klimaschutz, anknüpfend an den Green Deal der Europäischen Kommission. Auch sollte der Co-Finanzierungsanteil des Bundes diesmal mindestens 50 % betragen und die Notwendigkeit, dass nur neue zusätzliche Projekte gefördert werden, hinterfragt werden. Also, man könnte dann vielleicht auch auf laufende Straßenbahnprojekte usw. zurückgreifen. Von unserer Seite, städtischer Seite, wurde der 100 %ige der Ausfälle aus der Kommunalsteuer gefordert, das war ein

klassischer grauer Finanzausgleich, der Bund befreit gleich alle, die in der Kurzarbeit sind, von der Kommunalsteuer, auch die Unternehmen, aber es trifft nicht den Bund, weil die haben ihre Abgaben ja nur gestundet, sondern sie haben den Gemeinden diese Kommunalsteuer genommen. Damit haben wir eine Schlechterstellung und wir fordern, dass wir diese auf alle Fälle ersetzt bekommen sollen. Das sind die Forderungen. Es wurde vom Bund gesagt, sie werden auf die Länder einwirken. Ob es diese Opferfinanzierung gibt, das geht nur über die Länder. Sie haben einmal mitgenommen, dass wir zumindest ein Investitionspaket fordern und sie haben mitgenommen, dass wir den Ersatz der Kommunalsteuer uns wünschen. Soweit zu diesen Dingen.

Warum wir jetzt nicht schon im Juni ein Budget ändern wollen, liegt klar auf der Hand. Es gibt in der Gleichung, die wir zu lösen haben im heurigen Jahr, noch sehr viele Unbekannte. Wir wissen nicht, wie schnell die Wirtschaft anspringt, wir wissen nicht, ob es ein Bundeshilfspaket gibt, wir wissen nicht, was es von Seiten der Länder gibt und ich hoffe, dass wir auch mit unseren eigenen Überlegungen spätestens im Herbst Ihnen dann etwas vorlegen können, das auf wirklich guten Zahlen basiert. Jetzt unsere Unternehmungen zu fragen, z.B. hier auf dem Messeareal, welche Aufträge wird es noch geben, welche Veranstaltungen finden noch statt, kann niemand beantworten. Deshalb glauben wir, dass dieser Zeitverzug wichtig ist und Günter Riegler hat ja seine gesamten Überlegungen mit allen Abteilungen fast wöchentlich in einem Reporting eingefordert und ich bin froh, dass er das so gewissenhaft macht und ich bin auch sicher, dass wir so manches in den jetzt verbleibenden Gemeinderatssitzungen Juni, Juli und September auch beschließen werden können. Aber dafür müssen wir vorher das Screening der Investitionen tätigen, unsere Beteiligungen fragen, ob sie das überhaupt umsetzen können. Manches wird nicht gebaut werden können, weil die, wenn ich so sagen darf, die Baufirmen vielleicht gar nicht in der Lage sind, alles durchzuführen und das werden wir ordnungsgemäß vorlegen.

Zu den Geschäftsführerbestellungen noch einen Satz, dann bin ich auch schon fertig, aber das ist mir wichtig: Die Geschäftsführerbestellungen werden dann so stattfinden, dass jemand dazu kommt, wenn auch Aufgabenbereiche dazukommen. Bis jetzt ist

kein zweiter Geschäftsführer irgendwo angestellt worden. Wir haben nur jetzt schon, weil wir gefragt wurden, auch von den Journalisten und von den Medien, wird es unter Umständen auch in dem einen oder anderen Bereich, Flughafen oder hier, eine zweite Geschäftsführung geben, haben wir gesagt: „Ja“. Aber wir werden auch dem Gemeinderat rechtzeitig noch mitteilen, welche Gesellschaftsveränderungen es geben wird, welche Geschäftsfelder wir vielleicht auch neu anstreben wollen und nur dann wird es auch einen zusätzlichen Geschäftsführer oder eine zusätzliche Geschäftsführerin geben.

*Zwischenruf GR **Haßler**: Bei der ITG war es schon so weit.*

**Nagl**: Ja, bei der ITG war es schon. Da möchte ich aber auch anmerken, es weiß jeder Mensch, dass wir im digitalen Zeitalter voll gefordert sind. Wenn allein über 300 Projekte abzuwickeln sind mit allen Firmen, weil wir eine ITG, eine Unternehmung im IT Bereich haben und wir von der Geschäftsführung, von allen Profis nur gehört haben, wir brauchen einen Fachmann für den IT-Bereich, aber auch organisatorisch und finanztechnisch wird das alles schwieriger, das wird immer mehr und wir brauchen zusätzlich bis zu 23 neue Personen und ein komplett neues System, weil auch DI. Steinbrucker jetzt in Pension gehen wird, haben wir uns dafür entschieden, weil das brauchen wir ganz dringend. Unsere Firmen müssen ihre Projekte hinbekommen und auch die Verwaltung und da sind wir so gefordert, dass wir uns dazu entschieden haben. Ich glaube, es gibt immer eine Begründung, wenn wir einen zweiten Geschäftsführer aussuchen (*Appl.*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***